

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zeit kurz vor der Sommerpause ist stressig. Eine Sitzungswoche folgt der anderen und wir Abgeordneten wollen noch möglichst viele parlamentarische Initiativen auf den Weg bringen. Mir ist dies gelungen. Vor allem habe ich mit meiner Kleinen Anfragen „Durchsetzung von Mindestlöhnen“ ein tolles Presseecho und meinen ersten Auftritt in der Tagesschau bekommen.

Ein Highlight für mich war auch die Bundespräsidentenwahl, die ich überraschend miterleben durfte. Vor allem für mich als Schriftführerin war es ein ganz besonderes Ereignis, da wir bei diesem Wahlmarathon und dieser längsten Bundesversammlung (9 Stunden und 34 Minuten) für die Auszählung der Stimmen verantwortlich waren und den Bundestagspräsidenten Lammert in seiner Arbeit unterstützten. Leider hat sich unser Kandidat, der Bürgerrechtler Joachim Gauck, nicht durchsetzen können. Der neue Bundespräsident, CDU-Mann Christian Wulff, wurde nicht mit unseren Stimmen gewählt. Er sollte aber eine faire Chance bekommen, sich zu beweisen und den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass er sich nicht von der Regierungsbank instrumentalisieren lässt.

„Berlin“ geht nun in die Sommerpause und ich in den Wahlkreis. Das nächste Highlight steht an – die Fahrradtour über die Alb.

Mit grünen Grüßen,
Beate Müller-Gemmeke

Inhalt:

1. Bundestag und Bundespolitik
 2. Aktivitäten
 3. Wahlkreis
 4. Albtour
-

1. Bundestag und Bundespolitik

„Gute Arbeit“

Das Thema „Gute Arbeit“ beschäftigt mich nun seit gut acht Monaten im Bundestag. Meiner Meinung nach geht es bei dem Thema um ein Mindestmaß an Sicherheit von Beschäftigungsverhältnissen durch ein Existenz sicherndes Arbeitsentgelt, einen guten Arbeitsschutz, menschengerechte Arbeitsplatzgestaltung, demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten und vor allem auch um Arbeitsplatzsicherheit.

Im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich zu dem Antrag der Fraktion die Linke "Mit guter Arbeit aus der Krise" geredet. Einige Forderungen in dem Antrag sind überzogen und an einigen Stellen wird ein Überbietungswettbewerb um die radikalsten Forderungen deutlich. Insgesamt enthält der Antrag aber viele gute Forderungen, die auch wir Grünen teilen. Die Regierungsfractionen aber meinen noch immer, dass „sozial ist, was Arbeit schafft“ – ich streite dafür, dass „sozial ist, was gute Arbeit schafft“.

[Rede: Mit guter Arbeit aus der Krise](#)

Durchsetzung von Mindestlöhnen

Meine Kleine Anfrage "Durchsetzung von Mindestlöhnen" war ein voller Erfolg. Wir haben es jetzt endlich Schwarz auf Weiß. Es reicht nicht, öffentlichkeitswirksam branchenspezifische Mindestlöhne zu vereinbaren und dann allein darauf zu hoffen, dass diese auch von allen Unternehmen eingehalten werden. Allein in der Baubranche wurden 1.500 Bußverfahren eingeleitet. Und doch hat die Anfrage gezeigt, dass der Staat nur unzulänglich und so „nebenher“ kontrolliert. Mein Fazit: Die Regierung wird ihrer Schutzfunktion für die Beschäftigten nicht gerecht. Mindestlöhne müssen besser und Ziel genau kontrolliert werden. Bundesministerin Frau von der Leyen hat darauf reagiert und bessere Kontrollen angekündigt – ich bleibe dran. Die Kleine Anfrage hat ein immenses Medienecho verursacht und viele Bürgerinnen und Bürger erreicht. Das Thema war auf der Titelseite der Süddeutschen Zeitung, in fast hundert weiteren Zeitungen und sogar in der Tagesschau.

[Die Kleine Anfrage im Volltext](#)

[Artikel in der Süddeutschen Zeitung](#), [Tagesschau-Beitrag](#), [Live-Interview im Deutschlandradio](#), [Spiegel Online](#), [Financial Times Deutschland](#), [Die Welt](#), [N24](#), [PM gegen die Befristung des Pflege-Mindestlohns](#)

Bagatellkündigungen

Das Gericht hatte im Fall „Emmely“ entschieden, dass die Kündigung einer Berliner Kassiererin wegen der Unterschlagung eines Pfandbons in Höhe von 1,30 Euro unwirksam ist, da der entstandene Vertrauensbruch eine Kündigung nach einer Betriebszugehörigkeit von über 30 Jahren nicht rechtfertigt.

Das ist aus meiner Sicht absolut zu begrüßen und entspricht auch meinem Gerechtigkeitsverständnis. Bereits vor dem Urteil habe ich einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem in der Regel eine Abmahnpflicht bei sogenannten Bagatelldelikten gefordert wird. Zum Thema Bagatellkündigungen hat eine Anhörung von Sachverständigen im Ausschuss für Arbeit und Soziales stattgefunden. Dabei wurde uns von Fachleuten bestätigt, dass unsere Regelungsvorschläge praxistauglich sind. Die Regierungsfractionen und der Einzelhandelsverband aber wollen natürlich keine Neuregelung. Ich bleibe dabei: Es kann keine Lösung sein, dass Arbeitnehmende erst klagen müssen und dann den mühsamen Instanzenweg bis zum obersten Arbeitsgericht auf sich nehmen. Klare Regeln würden den Beschäftigten wie auch den Arbeitgebenden mehr Sicherheit geben, die Gerichtsprozesse verringern und endlich wieder stärken, was so oft beschworen wird im Arbeitsverhältnis: gegenseitiges Vertrauen.

[Antrag „Pflicht zur Abmahnung einführen“](#)

[Pressemitteilung zum Fall Emmely](#)

[Rede zu Bagatellkündigungen](#)

Tarifpolitik

Der Anstieg der Tarifverdienste in der Privatwirtschaft um durchschnittlich 2,7 Prozent im Jahr 2009 ist ein wichtiges Signal. Dadurch werden der Konsum und die Binnenkonjunktur gestärkt. Endlich haben viele Beschäftigte, die nicht von Kurzarbeit betroffen sind, wieder mehr Geld in der Tasche. Zudem trägt die Tarifsteigerung dazu bei, dass die Handelsbilanzungleichgewichte zurück geführt werden und die europäische Finanzkrise abgemildert wird.

[PM: Steigerung der Tarifverdienste sind gut für die Binnenkonjunktur](#)

[PM: Schöne Worte allein stärken die Tarifautonomie nicht](#)

Leiharbeit

Schon Anfang des Jahres habe ich – wie auch die anderen Oppositionsparteien – einen Antrag zur Regulierung der Leiharbeitsbranche in den Bundestag eingebracht. Nun führte der Ausschuss für Arbeit und Soziales eine Anhörung zu den Anträgen durch, in der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände aber auch Einzelsachverständige die Anträge bewerteten. Erwartungsgemäß kritisierte die Arbeitgeberseite die Forderungen zur Regulierung der Leiharbeit. Die Gewerkschaften und Einzelsachverständige hingegen befürworteten die vorgeschlagenen Regulierungen.

Eine weitere Kleine Anfrage zu den Kontrollen der Leiharbeitsbranche hat ergeben, dass die Bundesagentur für Arbeit höchst mangelhaft prüft. Zudem werden Tarifverträge in der Leiharbeitsbranche nicht geprüft, ob sie mit geltenden Gesetzen zu vereinbaren sind. Die Regierung schiebt den Schwarzen Peter weiter und beruft sich stattdessen darauf, dass für die Prüfung allein die Gerichte zuständig sind. Diese Praxis ist absurd und muss sich ändern.

Die Bundesregierung muss gerade die Interessen der Beschäftigten in der Leiharbeitsbranche ernst nehmen. Aber der Missbrauch in der Leiharbeit geht unaufhörlich weiter und die Bundesregierung schaut zu. Die Leiharbeit muss dringend reguliert werden!

[Kleine Anfrage: Kontrolle und Umsetzung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes](#)

[Pressemitteilung zur Kleinen Anfrage](#)

[Pressemitteilung: Brüderle und Mindestlohn](#)

[Mehr zur Anhörung Leiharbeit](#)

Griechenland-Hilfe und Euro-Rettungsschirm

Alles begann mit der Finanzkrise in Griechenland, deren weiteres Ausbreiten unbedingt verhindert werden musste. Deswegen haben wir mit der Regierung gestimmt und Gelder in einer bisher nicht da gewesenen Größenordnung zur Verfügung gestellt. Diese Entscheidung ist mir ziemlich schwer gefallen. Dennoch haben wir aus Verantwortung gegenüber Europa dem Gesetz zugestimmt. Uns ist bewusst, dass damit nur die Symptome und nicht die Ursachen bekämpft werden. Deswegen fordern wir in unserer persönlichen Erklärung die Bundesregierung auf, die Zeit zu nutzen, um notwendige wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen in die Wege zu leiten.

Nur eine Woche später hatte sich die Schuldenkrise auf weitere EU-Mitgliedstaaten ausgeweitet, so dass der Bundestag über milliardenschwere Bürgschaften im Rahmen des EU-Rettungsfonds abstimmen musste. Problematisch war, dass zum Zeitpunkt der Abstimmung die Vertragsgrundlagen für die zu

gründende Zweckgesellschaft nicht vorlagen und Unklarheiten bestand, wie die Regierung Spekulationen bekämpfen will, die wirtschaftspolitische Koordinierung stärken und die Kosten der Krise gerecht verteilen möchte. Deswegen haben wir uns enthalten. Unsere Einschätzung und unsere Forderungen haben wir in einem Entschließungsantrag dokumentiert.

[Persönliche Erklärung zur Abstimmung Griechenland-Hilfe](#)
[Entschließungsantrag zum Euro-Rettungsschirm](#)

2. Aktivitäten

Wie immer gab es sehr viel zu tun und die Freizeit kam viel zu kurz. Die folgenden Aktivitäten sind nur ein Bruchteil der Termine, die ich neben meiner Tätigkeit im Bundestag wahrgenommen habe:

- Women's Executive Networking Lunch in Berlin
- Treffen und Gespräche mit verschiedenen Gewerkschaften und Verbänden
- Eröffnung der Ausstellung „Gute Arbeit“ der Katholischen Arbeiterbewegung in Reutlingen
- Demo in Stuttgart gegen Sozialabbau und ver.di-Kundgebung auf dem Reutlinger Marktplatz
- Fachgespräch zum Gleichstellungsgesetz in Berlin
- Podium der IG Metall zur Leiharbeit in Berlin
- mehrere Gespräche mit Besuchergruppen und Schulklassen aus meinem Wahlkreis
- Polit-Camp mit Kreisverbänden, KreisgeschäftsführerInnen und Grüner Jugend in Stuttgart
- Gespräch mit den Reutlinger Stadtratsfraktionen über das Thema Kommunalfinanzen
- Gemeinderatssitzung
- Vortrag zum Grundeinkommen bei der Grünen Jugend Ravensburg
- Feier zu „30 Jahre Grüne im Landtag“
- Landesausschuss mit Wahl der baden-württembergischen Spitzenkandidaten
- Treffen der Fraktion mit dem grünen Kandidaten für das Bundespräsidentenamt, Joachim Gauck,
- Kongress „Wachstum – Wovon leben wir?“ in Stuttgart

Meine Pinnwand: <http://www.mueller-gemmeke.de/pinnwand.html>

3. Aus dem Wahlkreis

Auch im Wahlkreis gab in den vergangenen Wochen die Bundespolitik den Ton an. Allem voran ist es das Sparpaket der Bundesregierung, das die Menschen bewegt, denn die geplanten Kürzungen gehen vor allem zu Lasten der sozial Schwachen. In Stuttgart und in Reutlingen fanden deswegen von ver.di organisierte Kundgebungen unter dem Motto „Gerecht geht anders“ statt. Das Elterngeld wird gekürzt. Der Rentenzuschuss von Erwerbslosen und der Heizkostenzuschuss werden gestrichen. Bei den Qualifizierungsmaßnahmen wird gespart und dann wird auch noch der Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Alg II gestrichen. Die Auswirkungen dieser Politik werden einkommensschwache Menschen auch im Landkreis Reutlingen sehr rasch zu spüren bekommen. Die Reichen, Gutverdienenden und Krisengewinner aber werden geschont.

Auch die Hebammen im Landkreis Reutlingen leiden unter einer prekären Situation. Schuld daran ist in diesem Fall nicht das Sparpaket, sondern die explodierenden Kosten für die Haftpflichtversicherung, die

in der Geburtshilfe abzuschließen ist. Dem stehen keine ausreichenden Vergütungen für Geburten gegenüber. In einem Gespräch mit Vertreterinnen des Hebammenverbandes konnte ich mich aus erster Hand informieren und meine Unterstützung anbieten.

Richtig gut tut es dann, wenn ich als Politikerin ganz konkret etwas fördern kann. Vor allem jungen Menschen kann ich so die eine oder andere Chance anbieten. Wenn ich eine junge Schülerin als Patin im Rahmen des „Parlamentarischen Patenschaftsprogramms“ bei der Vorbereitung zu einem einjährigen USA-Aufenthalt begleiten kann, wenn ein hochmotivierter BOGY-Praktikant mich in Berlin besucht, wenn ich Vorschläge für das Programm „Jugend und Parlament“ machen darf, dann denke ich mir: Es müsste noch viel mehr solcher Fördermöglichkeiten geben.

[Hier könnt ihr mehr über meine Wahlkreisaktivitäten erfahren](#)

4. Albtour

Eine besondere Rolle in meinem Wahlkreis spielt die Schwäbische Alb. Deshalb nehme ich mir eine Woche lang in einer Sommertour über die Schwäbische Alb ganz besonders Zeit für diese Region. Mit dem Fahrrad und einem engagierten Team werde ich vom 25. Juli bis zum 01. August an vielen Stellen auf der Alb Station machen, mit den Menschen ins Gespräch kommen und Institutionen, Bauernhöfe und Unternehmen besichtigen. Das Schönste ist: Ich werde nicht nur viel über den Naturschutz- und Tourismusstandort Schwäbische Alb diskutieren können, sondern dabei natürlich auch selbst die Landschaft und die regionalen Spezialitäten genießen.